



Die Präsidenten

An

Seine Exzellenz den Präsidenten der
Französischen Republik
Emmanuel MACRON
und
Seine Exzellenz den Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Friedrich MERZ

Paris und Berlin, den 28. April 2025

**Fédération nationale
des sapeurs-pompiers de France**

Association loi 1901

32, rue Breguet - 75011 PARIS

+33 1 49 23 18 18
fnspf@pompiers.fr

www.pompiers.fr

Deutscher Feuerwehrverband

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 25
10117 BERLIN

+49 (0) 30 28 88 48 8-00
info@dfv.org

Suivi par
Hugo BASSET
Chef de cabinet
Et
Rudolf RÖMER
Directeur général fédéral

Réf. : 2025/409

**Betreff: Plädoyer für das bürgerschaftliche Engagement im Zivilschutz in
der deutsch-französischen Agenda**

Sehr geehrter Herr Präsident der Republik,
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

während unsere beiden Nationen im Begriff sind, die politischen Prioritäten für die kommenden Jahre der deutsch-französischen Partnerschaft festzulegen, möchten die Fédération Nationale des Sapeurs-Pompiers de France (FN SPF) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) Ihre besondere Aufmerksamkeit auf eine strategische Schlüsselthematik lenken: den Schutz des bürgerschaftlichen Engagements im Dienst des Zivilschutzes.

Wald- und Vegetationsbrände, Stürme, Überschwemmungen, Dürren, Pandemien und hybride Bedrohungen stellen unsere Territorien auf eine harte Probe. Angesichts eines weiteren risikobehafteten Sommers ist es unerlässlich, unsere gemeinsame Reaktionsfähigkeit zu stärken – vor allem aber die personellen Ressourcen zu sichern, die die erste Verteidigungslinie unserer Gesellschaften darstellen: unsere Feuerwehrangehörigen, insbesondere die freiwilligen.

Wir begrüßen die ambitionierte Initiative der Europäischen Kommission im Rahmen der „EU Preparedness Union Strategy“. Doch wir unterstreichen nachdrücklich, dass darin die Anerkennung und der Schutz des freiwilligen Engagements im Zivilschutz ausdrücklich verankert werden müssen.

Dieses Engagement ist aktuell durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) rechtlich gefährdet – insbesondere durch das Urteil „Matzak“ vom 21. Februar 2018. Darin entschied der EuGH, dass ein belgischer freiwilliger Feuerwehrmann im Bereitschaftsdienst als Arbeitnehmer im Sinne der Richtlinie 2003/88/EG über die Arbeitszeitgestaltung anzusehen sei, sofern:

- ein hierarchisches Unterordnungsverhältnis besteht;
- eine tatsächliche Leistung für die öffentliche Hand erbracht wird;
- eine (auch symbolische) Vergütung erfolgt.

Diese Auslegung gefährdet das gesamte europäische Modell des freiwilligen Engagements im Katastrophenschutz. Eine Gleichstellung

freiwilliger Feuerwehrangehöriger mit Arbeitnehmern hätte nicht nur zur Folge, dass arbeitszeitrechtliche Vorschriften eingeführt würden, die mit der flexiblen Natur des Ehrenamts unvereinbar sind, sondern würde auch die operative und finanzielle Organisation unserer Rettungssysteme erheblich destabilisieren.

Wir möchten daher mit Nachdruck bekräftigen:

- dass das Ehrenamt kein Arbeitsverhältnis, sondern Ausdruck von Bürgersinn und uneigennützigem Engagement ist;
- dass das freiwillige Engagement unverzichtbar ist, um Präventions- und Reaktionskapazitäten bei Krisen – insbesondere bei großflächigen und langanhaltenden Ereignissen – zu gewährleisten und zur zivilen Verteidigung der Mitgliedstaaten der EU angesichts geopolitischer Bedrohungen beizutragen;
- dass der rechtliche Schutz des Ehrenamts eine unverzichtbare Voraussetzung für die Resilienz unserer Regionen und die operationelle Souveränität Europas darstellt.

Daher appellieren wir feierlich an Sie, dass sowohl die künftige deutsch-französische Agenda als auch die europäische Krisenvorsorgestrategie explizit folgende Punkte aufnehmen:

- die formelle Anerkennung der Rolle freiwilliger Feuerwehrangehöriger und des bürgerschaftlichen Engagements im Zivilschutz als Grundpfeiler der europäischen Resilienz;
- die Schaffung eines spezifischen europäischen Rechtsrahmens (mittels Richtlinie), der den Status der Ehrenamtlichen schützt und ihre Gleichstellung mit Arbeitnehmern verhindert;
- die Verstärkung der europäischen Finanzierung zur Unterstützung von Gewinnung, Ausbildung, Ausrüstung und Attraktivität des freiwilligen Zivilschutzes;
- die Einrichtung eines europäischen Bildungsprogramms nach dem Vorbild von Erasmus, um die Verbindungen zwischen Feuerwehrcräften in der gesamten Union zu stärken und den Austausch und die Einsatzvorbereitung unter den verschiedenen Zivilschutzdiensten auf hohem Niveau zu halten.

Sehr geehrter Herr Präsident der Republik,
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für dieses zentrale Anliegen der Resilienz der Europäischen Union und stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung, um diese Überlegungen zu vertiefen und konkrete Vorschläge für ein besser vorbereitetes, stärkeres, solidarischeres und krisenfesteres Europa zu unterbreiten.

Mit dem Ausdruck unserer höchsten Wertschätzung,

Jean-Paul BOSLAND

Präsident der Fédération Nationale des Sapeurs-Pompiers de France (FNSPF)

Karl-Heinz BANSE

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV)